

Rotes Quadrat

Leben im SPD-Kreisverband Mannheim



Ausgabe Nr. 33 für die 33. Woche / 2012

Mannheim, den 13. August 2012

Das Rote Quadrat erscheint jeden Montag. Redaktionsschluss ist Freitag der Vorwoche.

Redaktionsanschrift: redaktion-rotes-quadrat@spd-mannheim.de

Ganz Mannheim blüht rot

So lautet das Motto der gemeinsamen Sonnenblumenaktion des Bundestagsabgeordneten Stefan Rebmann und verschiedener Mannheimer SPD-Ortsvereine, die auch von der SPD-Gemeinderatsfraktion und vom Landtagsabgeordneten Dr. Stefan Fulst-Blei unterstützt wird. Hierzu verteilten Stefan Rebmann und die Ortsvereine Gartenstadt, Rheinau, Friedrichsfeld und Neckarstadt-Ost Samen für rote Sonnenblumen an Festbesucher in den Stadtteilen. Die Samen sollten bis Mai ausgebracht worden sein und mittlerweile rote Blüten tragen. Es gewinnt, wer die schönste rote Sonnenblume vorweisen kann.

Als Gewinn winkt ein Wochenende für zwei Personen im Hotel "Zur Alten Mühle" im nördlichen Schwarzwald. Sende einfach bis zum 1. September ein Bild Deiner roten Sonnenblumen an folgende Adresse: Stefan Rebmann, MdB, Wahlkreisbüro, Hans-Böckler-Straße 3, 68161 Mannheim.



Das Wohlfühl-Wochenende wird unter allen Einsendungen im Rahmen des Karlsternfests am 16. September verlost.

Nazi-Konzert in Rheinau und Nazi-Aufmarsch in der Innenstadt

Am Sonntag, 5.8.2012 zogen etwa 30 Nazis durch die Mannheimer Innenstadt. Der von NPD und Aktionsbüro Rhein-Neckar durchgeführte Aufmarsch bezog sich thematisch auf die Olympia-Ruderin Drygalla, die nach Diskussionen um ihren Lebensgefährten, einen ehemaligen NPD-Politiker, die Wettkämpfe verlassen hatte.

Die Nazis hielten am frühen Abend Kundgebungen am Wasserturm und am Hauptbahnhof ab. Transparente waren vom NPD-Kreisverband Rhein-Neckar, vom Aktionsbüro Rhein-Neckar und von der Ludwigshafener Nazi-Gruppierung LUNARA zu sehen. Neben den Kadern des Aktionsbüros Malte Redeker und Matthias Hermann waren auch Mitglieder des NPD Kreisverbandes Rhein-Neckar sowie Nazis aus dem Raum Sinsheim und der Pfalz anwesend. Polizei und Ordnungsamt waren mit einem Großaufgebot vor Ort und sorgte für einen rei-

nungslosen Ablauf der Nazi-Demo. Es gab spontane Proteste von Antifaschist/Innen. Autofahrer/Innen über-tönten mit ihren Hupen die Reden der Nazis, die mit rassistischen Parolen die umstehenden Passant/Innen angriffen. Die Polizei nahm mindestens drei Gegendemonstrant/Innen fest.

Bereits am Freitagabend, 3.8.2012 fand in Mannheim ein Konzert mit der Nazi-Hooligan-Band Kategorie C statt. Der NPD-Funktionär Christian Hehl organisierte das Konzert mit ca. 100 Besucher/Innen auf einem Betriebsgelände der Bahn an der Ecke Rhenaniastraße / Schwetzingen Landstraße. Die Bremer Band Kategorie C genießt sowohl bei Nazis wie auch bei Hooligans Kult-Status. Ein Konzert am Tag darauf wurde von Behörden im Raum Kaiserslautern untersagt, die Bürgermeister einiger Gemeinden kümmerten sich persönlich darum, dass die

SPD-Kreisverband Mannheim
Kreisvorsitzender:
Wolfgang Katzmarek

SPD-Regionalzentrum Rhein-Neckar
Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg
Telefon: (06221) 21 0 04
Telefax: (06221) 16 40 23

E-Mail:
kv.mannheim@spd.de
Homepage:
www.spd-mannheim.de

Bankverbindung:
Konto-Nr. 302 43 102
BLZ 670 505 05
Sparkasse Rhein-Neckar-Nord

Nazis keinen Veranstaltungsort hatten und letztlich ins benachbarte Ausland auf ein Gelände in Frankreich ausweichen mussten. In Mannheim feierten und grölten die Nazis ungestört. Ob Mannheimer Behörden überhaupt davon Kenntnis hatten, ist uns nicht bekannt. Eine Sprecherin des AK Antifa kommentiert: „Nach den erfolglosen öffentlich angekündigten NPD Veranstaltungen am 1. Mai und am 28. Juli scheinen die Nazis ihre Aktivitäten in den Untergrund zu verlagern. Geheime Konzerte und spontane Demonstrationen versprechen mehr Erfolg, als Kundgebungen, auf denen sie von Gegendemonstrant/Innen ausgepiffen werden. Die Behörden scheinen für die Aktivitäten der Nazis kein Problem darzustellen. Auch deshalb müssen wir mit ähnlichen Aktionen in der nächsten Zeit rechnen. Dies zeigt einmal mehr, dass wir uns nicht auf staatliche Stellen



verlassen dürfen und den Kampf gegen die rechte Szene in die eigenen Hände nehmen müssen.

Quelle: <http://www.akantifa-mannheim.de/nazi-konzert-in-rheinau-und-nazi-aufmarsch-in-der-innenstadt/>

Foto: Demo gegen den NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2012 in Mannheim

NECKARAU: SPD-Sommerfest lockt zahlreiche Gäste in den Bebel-Park / Mit Musik und Tanz beginnt die lang ersehnte Ferienzeit

Hip-Hop und Square-Dance statt Politik

Von unserem Mitarbeiter Christian Hoffmann
Es ist geschafft: Die Sommerferien sind da! Dies ist auch alljährlich der Termin des SPD-Sommerfestes, das am Wochenende vor Beginn der Sommerferien im Neckarauer Bebel-Park über die Bühne geht. "Man kann schon von einer Tradition sprechen", freute sich Vorsitzender Mathias Kohler. Das Sommerfest fand zum 38. Mal statt. Von Hip-Hop-Tanz über eine Squaredance-Gruppe bis zu Rockmusik einer Schülerband war das Programm bunt und breit gefächert.

Zum Ge grillten gibt's Musik

Das sei nicht immer so gewesen, das reiche Unterhaltungsangebot beim SPD-Sommerfest entwickelte sich erst in den vergangenen Jahren so richtig. Doch Ge grilltes, Kuchen und kühle Getränke gab es schon immer. In Verbindung mit der natürlichen Atmosphäre unter den Bäumen des Bebel-Parks einfach wunderbar. So präsenten



tierten die "Crazy Kids" vom Jugendhaus Erlenhof und die "Pretty Young Things" neueste Hip-Hop-Choreografien auf der kleinen Bühne. Früher firmierten die "Pretty Young Things" unter dem Namen "Supergirls", die 2003 Deutscher Meister in ihrer Disziplin waren. Denn Mannheim ist eine große Hip-Hop-Hochburg: viele professionelle Tänzerinnen und Tänzer stammen

aus der Quadratestadt. Was an den im Delta stationierten US-Soldaten lag, die diese Kultur aus Übersee mitbrachten. Weshalb vor fünf Jahren sogar ein Kamerteam der Pro-Sieben-Sendung "Galileo" nach Mannheim reiste, um ein Portrait über die HipHop-Szene in den örtlichen Jugendzentren zu drehen.

Im Vergleich eher konservativ wirkt da der Squaredance von "Old West Squares". Die Gruppe gründete sich 1975 zur Bundesgartenschau, seit 1992 ist die Tanzgruppe ein eingetragener Verein. Jenen Tanz führen acht Teilnehmer in einer quadratischen Grundformation auf. Deswegen kommt es auch auf die Konzentration aller Tänzer an, damit der Squaredance flüssig läuft. Der Ansa ger, in der Szene auch "Caller" genannt, ruft seinen Kollegen Tanzfiguren zu. Jede Tanzrunde ist anders und spontan, einstudiert wird kaum etwas.

Später positionierte sich der Klangkörper "Sunshine Ladies" des Frauenchors 1924 Neckarau, um einige Lieder zum Besten zu geben. Das AWO-Seniorenballett führte einen Charlie-Chaplin-Tanz auf. Des Weiteren war die Arbeiterwohlfahrt mit einem eigenen Stand vertreten. Exotisches bot die Gruppe "Emira", die indisch-arabische Tänze aufführte. Eine Tombola lockte mit attraktiven Preisen. Abgerundet wurde das Fest durch die Rock-AG der Wilhelm-Wundt-Realschule, die Songs wie "Fat Bottomed Girls" von Queen zu Gehör brachten. "Die Schüler wechseln oft, wenn zum Beispiel welche die Schule verlassen, dafür kommen Jüngere neu dazu", erzählte AG-Leiter und Musiklehrer Harald Bernhart von der Wilhelm-Wundt-Realschule. Ab der siebten Klasse können Schülerinnen und Schüler zur Rock-AG dazustoßen. Hat jemand eine Idee, welches Lied man proben könnte, trägt derjenige den Vorschlag vor. Notenliteratur muss sich die Rock-AG selten besorgen, Lehrer Bernhart kann viele Stücke von CDs herunter hören.

Das nächste große Fest der SPD steht bereits an: Am 5. Oktober wird der Ortsverein Neckarau sein 120-jähriges Bestehen feiern. Als Festrednerin ist Politikerin Andrea Ypsilanti eingeladen.

© Mannheimer Morgen, Freitag, 27.07.2012



Zum Thema unveröffentlichter Leserbrief im MM

Hallo Wolfgang, Dein im „Roten Quadrat“ Nr. 30 vom 23. Juli 2012 abgedruckter, vom „MM“ nicht veröffentlichter Leserbrief schildert in unwiderlegbarer Weise, wie Presse aus einem Nichts etwas macht. Das ist wie beim indischen Seiltrick, wo man sich an dem hochgeworfenen Seil dann selbst emporzieht. Schlimm ist nur, dass solche Dinge in die Welt gesetzt sind und viele Menschen danach glauben, etwas Wahres wäre ja schon dabei – eine Masche,

wie sie beim „Kampfjournalismus“ leider zu oft verwendet wird, statt sauber zu recherchieren und fair zu berichten.

Ich bin froh, dass wir jetzt über das Internet das Medium „Rotes Quadrat“ haben, um wenigstens bei unseren Genossinnen und Genossen dagegen zu steuern.

Mit freundlichen Grüßen!

Dr. Norbert Egger - Erster Bürgermeister i. R.

„Es gilt jetzt optimistisch in die Zukunft zu blicken! Wir werden uns nach wie vor für eine vollständige Gleichstellung einsetzen.“

Mit der Kulturtram optimistisch in die Zukunft blicken

Anlässlich des Events „Fair Play - CSD Rhein-Neckar 2012“ startete auch in diesem Jahr die „rote Kulturtram“ der Arbeitsgemeinschaft für Lesben und Schwule in der SPD (ALS) vom OEG-Bahnhof aus. Dr. Stefan Fulst-Blei, der sich in diesem Jahr in seiner Funktion als Mannheimer Landtagsabgeordneter bereit erklärte, als Talkgast mitzufahren, wurde dabei mit einigen landesspezifischen Fragen zum Thema Gleichstellungspolitik konfrontiert.

Auf die Fragestellung eines landesweiten Aktionsplans für Toleranz und Gleichstellung konnte der schulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion den Beteiligten die gute Neuigkeit auf dem Weg geben, dass derzeit erste Vorbereitungen dazu unter Federführung des Sozialministeriums anlaufen. Dem Vorschlag eine Verankerung von Bildungsstandards in die Lehrerbildung zur Vermittlung unterschiedlicher sexueller Identitäten vorzunehmen, stand Fulst-Blei offen gegenüber und regte hierzu eine Veranstaltung in Mannheim an.

Auch das Steuer- und heiß umkämpfte Adoptionsrecht, welches gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt ein fremdes Kind zu adoptieren, sorgte für regen Gesprächsbedarf in der Kulturtram. Hier besteht von Seiten der Bundespolitik akuter Handlungsbedarf, um endlich für Rechtssicherheit beim Thema zu sorgen. Anderenfalls sollte sich Baden-Württemberg zu gegebener Zeit einer Bundesratsinitiative anschließen.

Bei der Frage zur zukünftigen Finanzierung des AIDS-Hilfeprojektes, dem neuen Kompetenzzentrum KOSI.MA von der Psychologischen Lesben- und Schwulenbera-

tung Rhein-Neckar (Kurzform: PLUS), sicherte Fulst-Blei zu, sich für eine Einstellung im nächsten Haushalt einzusetzen. Dies werde aber nicht einfach, da sehr schwierige Beratungen anstünden.

Ferner wurden auch die bislang erreichten Ergebnisse begrüßt. Darunter fällt auch die Gleichbehandlung bei der Eheschließung. Hier hat die Landesregierung mit Hinblick auf das Gleichstellungsgebot die Zuständigkeit für die Begründung und Beurkundung von Lebenspartnerschaften den Standesämtern übertragen. Damit ist es gleichgeschlechtlichen Paaren seit Beginn des Jahres möglich ihre eingetragene Lebenspartnerschaft auf dem Standesamt zu begründen. Beim Sachstand Gebührenordnung liegen die Gebühren für die Eintragung von Lebenspartnerschaften unterhalb des bisherigen Satzes und entsprechen somit den Regelungen für die Eheschließung.

„Es gilt jetzt optimistisch in die Zukunft zu blicken! Nicht umsonst hat man sich als Grundlage auf einen so umfassenden Koalitionsvertrag geeinigt. Wir werden uns für die darin genannten Ziele hinsichtlich einer vollständigen Gleichstellung nach wie vor einsetzen und stehen dem Thema weiterhin aufgeschlossen gegenüber.“, so Fulst-Blei abschließend und richtete seinen ausdrücklichen Dank an Sabine Berger und Hans-Peter Alter für die diesjährige Organisation der roten Kulturtram.



Rückwirkung wird ausgeweitet

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnern

Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL: „Wir nehmen das veröffentlichte Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr ernst. Ich begrüße daher das Vorhaben der Landesregierung.“

Wie letzte Woche bekannt wurde, hat das Bundesverfassungsgericht erstmals entschieden, dass Beamtinnen und Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften den Familienzuschlag wie verheiratete Paare erhalten sollen. Dies gilt rückwirkend bis 2001, soweit die Beamten ihre Ansprüche bis zum Jahr 2001 geltend gemacht haben. Denn seitdem ist es homosexuellen Paaren möglich eingetragene Lebenspartnerschaften einzugehen. Der Landtag von Baden-Württemberg hat bereits am 18.7.2012 per Gesetz für Baden-Württemberg beschlos-

sen, dass eingetragene Lebenspartner einen Familienzuschlag erhalten sollen. Darin ist auf Antrag eine Rückwirkung für die Jahre bis 2006 enthalten.

„Wir nehmen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr ernst. Daher begrüße ich das Vorhaben der Landesregierung, eine rückwirkende Gleichstellung von homosexuellen Beamtinnen und Beamten bis einschließlich 2001 vorzunehmen.“, kommentierte Stefan Fulst-Blei, Landtagsabgeordneter aus dem Mannheimer Norden, den Schritt der Landesregierung.

Herr Dr. Fulst-Blei hatte sich bereits innerhalb der SPD-Landtagsfraktion im Vorfeld des Urteils für eine weitgehende Anerkennung eingesetzt.

Geplante Umstrukturierung des Mannheimer Wasser- und Schifffahrtsamts entbehrt jeder Logik



Der Mannheimer Bundestagsabgeordnete Stefan Rebmann informierte sich beim Personalratsvorsitzenden des Wasser- und Schifffahrtsamts (WSA) in Mannheim, Horst Schirmmund, über die vom Bundesverkehrsministerium geplante Reform in diesem Bereich und deren Auswirkungen auf den Standort Mannheim.

Durch die angestrebte Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung soll der Standort Mannheim zu einer Nebenstelle des WSA in Freiburg degradiert werden. Nach bisherigen Vorstellungen soll es zwar einen Bestandsschutz bis 2020 geben, darüber hinaus ist allerdings nichts geregelt. "Ein typischer Schachzug des Verkehrsministeriums", so Schirmmund. "Allen Beteiligten ist doch klar, dass so nur das Personal und die örtliche Politik vertröstet und beruhigt werden sollen, aber eine Schließung des Standorts Mannheim damit beschlossene Sache wäre", so der Personalrat weiter. Auch der Bundestagsabgeordnete Rebmann traut weder der Zusicherung noch der Argumentation. Denn die nun angestrebte Reform aus dem Hause des Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer erhebt den Anspruch der Effizienzsteigerung "Wie man an einem solch zentralen Standort wie Mannheim mehr Effizienz durch weniger Präsenz vor Ort schaffen will erschließt sich mir nicht. Meiner Einschätzung nach wurde hier mal wieder eine Reform nach dem Prinzip "Kostensparen um jeden Preis" übers Knie gebrochen" so der Vorwurf des Abgeordneten in Richtung Verkehrsministerium. Standortentscheidungen und Strukturreform würden ohne nachvollziehbaren sachlichen Grund und an den Mitarbeitern und Fachleuten vor Ort vorbei geplant. "Hier re-

gieren Intransparenz, Ideologie und Zentralismus. Aber leider kein Sachverstand" so Rebmann.

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes ist zuständig für alle Wasserstraßen im Bundesgebiet, sowohl die Binnengewässer als auch das offene Meer. Zu ihren Aufgaben zählen unter anderem die Sicherheit des Schiffsverkehrs und der Erhalt- und Ausbau der Wasserstraßen. Außerdem ist das WSA zuständig für Havarien in seinem Betreuungsbereich. 1.200 Schiffsan- und Abmeldungen, 600 Schiffsbuchkontrollen und 65-80 Havarien bearbeitet das WSA Mannheim durchschnittlich pro Jahr.

Das WSA in Mannheim betreut im Moment mit ca. 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 150 Kilometer Rhein, von Rheinstetten bis Mainz. Allein auf dem Rhein werden jedes Jahr ca. 45 Millionen Tonnen Güter transportiert, er ist damit die mit Abstand wichtigste deutsche Wasserstraße. Durch den Ausbau des Tiefseehafens in Rotterdam wird das Güteraufkommen aller Voraussicht nach noch zunehmen. Darüber hinaus soll der Schienenkorridor Rotterdam-Genua zur zentralen Nord-Süd-Güterverbindung in Europa ausgebaut werden, was aufgrund des geplanten integrierten Güterverkehrs auch erhebliche Auswirkungen auf den Schiffsverkehr haben wird.

In den Bereich des WSA Mannheim fallen hier gleich zwei größere Häfen, Karlsruhe und Mannheim. Wobei allein in Mannheim, Deutschlands zweitgrößtem Hafen, rund 20.000 Menschen beschäftigt sind. Gleichzeitig verfügt Mannheim über den zweitgrößten deutschen Güterbahnhof und ist Sitz einer Vielzahl von Logistikfirmen, die auf die Vernetzung verschiedener Verkehrswege spezialisiert sind.

Bei ICE-Neubaustrecke: "Endlich geht es voran"!

Schon 2014 will Dr. Rüdiger Grube mit den Bauarbeiten für den neuen Bahnsteig am Mannheimer Hauptbahnhof beginnen. Das ist das beste Zeichen, das der Bahnchef der Region jetzt gegeben hat. Dieser neue Bahnsteig ist von uns lange Jahre gefordert worden, er wird die Kapazität des Bahnhofs deutlich verbessern und damit dessen Bedeutung für die ganze Region stärken. Das ist hervorragend!

"Alle Personenzüge auch in der Zukunft über Mannheim" – das ist die zweite wichtige Aussage von Grube. Eine Kehrtwende im Vergleich zur bisherigen Haltung seines Amtsvorgängers Mehdorn. Auch dies war eine Forderung der Region!

Ein weiterer Streitpunkt ist nach wie vor ungeklärt. Die Streckenführung der auch vom Bahnchef gewünschten ICE-Neubaustrecke und der nun von ihm neu ins Gespräch gebrachten zusätzlichen Güterverkehrsstrasse. Mittlerweile ist der Güterverkehr der Bahn wichtiger als der Personenverkehr. Für diesen zunehmenden Verkehr wird eine Lösung gebraucht. Solange diese Trassen aber

noch nicht klar sind, gibt es nach wie vor viele offene Fragen.

Für richtig halte ich aber auch die Feststellung von Grube, dass Tempo 300 nicht mehr der Maßstab für eine Streckenführung ist. Dieser öffnet der Führung einer Trasse neue Möglichkeiten.

Wichtig ist es jetzt diese Feststellungen von Rüdiger Grube nicht allein zu hören, sondern sie auch zum Ausgangspunkt eines neuen Dialogs zwischen Bahn und Region zu machen. Ich begrüße, dass der Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz als Leiter des ICE-Regionalforums derzeit genau daran mit der Verwaltung des Verbandes Region Rhein-Neckar arbeitet.

Foto: "Matthias Baaß, Vorsitzender der SPD-Regionalverbandsfraktion"



von Bastian Jansen, Sprecher Jusos Schwetzingen

Die geringfügige Einzelheit

„Das Heil der Demokratien, von welchem Typus und Rang sie immer seien, hängt von einer geringfügigen technischen Einzelheit ab: vom Wahlrecht. Alles andere ist sekundär.“

Dieses Zitat von José Ortega y Gasset steht auf der Startseite von www.wahlrecht.de. Dass das Wahlrecht, also das Recht, wie sich Wählerstimmen in Ämter und Mandate übersetzen, in allen Demokratien ein wichtiges Machtinstrument ist, kann kaum bestritten werden. Durch diese „geringfügige technische Einzelheit“ werden politische Systeme gemacht, erhalten oder verändert. Das politische System in Großbritannien sähe wahrscheinlich sehr viel kontinentaler aus, wenn sie nach Verhältniswahl wählen würden; die sehr weit rechts stehenden Konservativen hätten mit ihrer derzeitigen politischen Ausrichtung kaum eine Chance, gegen die links stehenden Sozialdemokraten und Liberalen eine Parlamentsmehrheit zu erlangen. Margaret Thatcher hätte sich unter einem Verhältniswahlrecht nicht lange an der Macht gehalten. (55% der Wähler standen gegen sie, 43% unterstützten sie).

Auch wer von der Union politisch nicht viel hält, muss doch zugeben, dass sie sich große historische Verdienste erworben hat, national gesinnte Kräfte (hauptsächlich im Norden Deutschlands) nach dem Zweiten Weltkrieg an sich gebunden und demokratisch erzogen zu haben. Und auch heute ist sie das Bollwerk gegen Entwicklungen, die das Entstehen einer deutschen Rechtspartei begünstigen könnten, und Verteidigerin von Demokratie und Rechtsstaat. Aber in letzter Zeit gibt es immer häufiger von Seiten der Union Initiativen, demokratische Prozesse in ihrem Sinne so zu beeinflussen, dass es ihnen nutzt. Reformen sind nicht per se schlecht, wenn sie aber bloß dem eigenen Machterhalt oder -ausbau dienen, bekommt die komplette politische Arbeit einer Partei einen sehr schalen Beigeschmack.

Dazu vier Entwicklungen aus jüngerer Zeit und wie ich sie sehe:

1.) Landräte: Baden-Württemberg war eine gewisse Zeit das einzige Bundesland, in dem Landräte nicht vom Volk gewählt wurden. Bis Schleswig-Holstein unter Ministerpräsident Carstensen die Direktwahl der Landräte abschaffte und stattdessen die Kreistage wieder darüber entschieden liess.

Das vorgeschobene Argument hier wie dort ist, dass der Landrat in erster Linie Verwaltungsaufgaben hat, Landratswahlen Geld kosten und die Wahlbeteiligung sehr niedrig ist. Das stimmt zwar teilweise, stimmt aber genauso für Bürgermeister. Trotzdem stellt heute niemand die Direktwahl von Bürgermeistern in Frage (das war nicht immer so!).

Der wahre Grund: Die mangelnde Direktwahl führt in BW dazu, dass alle Landräte im Land von der CDU, Wählervereinigungen oder der FDP gestellt werden. Die CDU und die überwiegend konservativen Wählergruppen dominieren die Kreistage und lassen nichts anderes zu. Bei Landratswahlen könnten aus Versehen SPD-Kandidaten gewinnen (sogar im tiefsten Bayern passiert das manchmal).

2.) Bürgermeisterwahlen: In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben schwarz-gelbe Regierungen die

zweiten Wahlgänge abgeschafft (in NRW hat Rot-Grün das wieder rückgängig gemacht). Dann gewinnt der Kandidat mit den meisten Stimmen, selbst wenn er weit weg ist von einer absoluten Mehrheit.

Vorgeschoben werden das Kostenargument und die niedrige Wahlbeteiligung in zweiten Wahlgängen. Ich weiß nicht, wie viel zweite Wahlgänge kosten. Da die meisten OB-Wahlen aber eh ohne einen solchen auskommen, kann das nicht besonders viel sein.

Der eigentliche Grund ist, dass die Grünen meist einen eigenen Kandidaten im Rennen haben, während die FDP meist auf einen solchen verzichtet. Das Mitte-Links-Lager wird gespalten, das Mitte-Rechts-Lager steht hinter einem Kandidaten. So gewinnt der CDU-Kandidat viel häufiger, als wenn er sich einer Stichwahl gegen einen SPD-Kandidaten oder einen Grünen durchsetzen müsste. Fragt mal Boris Rhein.

3.) Überhangmandate: Das Bundesverfassungsgericht hat festgesetzt, dass, wenn der Gesetzgeber sich schon für die Verhältniswahl entscheidet, diese Entscheidung nicht durch zu viele Überhangmandate verwässert werden darf. Das Verfassungsgericht hat diese Grenze (ziemlich willkürlich) auf 15 festgelegt. Prompt wollen Unionspolitiker natürlich, dass nur darüber hinaus gehende Überhangmandate ausgeglichen werden und widersprechen damit Horst Seehofer, der einen Komplettausgleich verlangt. ALLE Landtagswahlsysteme nehmen einen Komplettausgleich vor, wenn Überhangmandate möglich sind. Gäbe es z.B. in NRW keinen Ausgleich, wäre die SPD mit ihren 39 % bei 99 von 204 Sitzen, also fast bei der absoluten Mehrheit.

Ich sage nicht, dass eine Entscheidung gegen ein Verhältniswahlrecht automatisch undemokratisch ist. Wenn man sich aber für ein Verhältniswahlrecht entscheidet, muss man diese Entscheidung auch konsequent verfolgen.

Als Grund werden auch hier Kosten genannt, da ein Vollaussgleich zu mehr Abgeordneten führen würde. Ich finde, das Kostenargument wird lahm. Ein paar Hunderttausend Euro in einem Haushalt, der Hunderte von Milliarden umfasst.

[Langfristig wird natürlich kein Weg an einer Grundreform des Bundestagswahlrechts vorbeiführen. Dazu ist der Weg bis 2013 aber zu kurz.]

Der wahre Grund ist, selbstredend, dass die Union auf den Vorteil durch die Überhangmandate nicht verzichten will.

4.) bayrische Landtagswahl: Der tollste Schildbürgerstreich ist aber, dass die bayrische Regierung unbedingt will, dass die bayrische Landtagswahl einigen Abstand zur Bundestagswahl hat.

Der vorgeschobene Grund ist, dass die bayrische Regierung ihre Wahl nicht von Bundesthemen überstrahlen lassen will.

Der wahre Grund ist einfach: Bei der Bundestagswahl wird die CSU keine absolute Mehrheit holen; die Wahrscheinlichkeit, sie bei der Landtagswahl zu erlangen, sinkt erheblich, wenn diese am gleichen Tag stattfindet. Vor Allem unter dem Gesichtspunkt, dass die CSU bei der Bundestagswahl für die Regierung kämpft, von der sie sich in Bayern so weit wie möglich distanziert, würde

der CSU den Wahlkampf vermiesen. Außerdem spekuliert die CSU darauf, dass ihr eine niedrige Wahlbeteiligung nutzt. Bei der Bundestagswahl wird die Beteiligung in Bayern wohl bei 70-75 % liegen. Bei bayrischen Landtagswahlen liegt sie unter 60 %.

Für ihren Machterhalt riskiert die CSU sogar höhere Kosten. Die Devise scheint zu sein: Weniger Demokratie wagen!

Der einzige gute Grund, den die Union überhaupt manchmal als Feigenblatt anführen kann, sind die Kosten. Aber Demokratie hat nun mal ihren Preis. Der ist noch nicht einmal besonders hoch. Ich würde der Union viel eher abnehmen, dass sie für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt, wenn sie nicht ständig versuchen würde, Wahlen mit technischen Mitteln in ihre Richtung zu beeinflussen.

Global denken, lokal handeln.

Eine andere Kommune ist möglich!

Unter diesem Titel veranstaltet die bundesweite Attac-AG Kommunen am Samstag, dem 29. September 2012, von 10:00 – 16:30 Uhr in Mannheim eine öffentliche Tagung zur Rolle der Kommune in einer globalisierten Welt. Die Kommune ist der soziale Ort unseres Alltags: Wir leben und arbeiten in der Kommune. Städte und Gemeinden sind aber auch die Orte des Gemeinwohls, sie sind verantwortlich für öffentliche Leistungen der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Hat die neoliberale Entstaatlichungs-/Privatisierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte den Finanzierungsspielraum der Kommunen untergraben, so setzt die Schuldenbremse von Bund und Ländern den Kommunen jetzt lebensbedrohlich zu.

Wie sollte eine demokratische, ökologische und soziale Kommune aussehen?

Diese und weitere Fragen werden nach der gemeinsamen Auftaktveranstaltung mit Werner Heinz, dem Au-

tor der Studie „Der große Aufbruch – Deutsche Städte und Globalisierung“, in verschiedenen Workshops diskutiert. Schwerpunktthemen sind dabei: Demokratie, Ökologie und kommunale Ökonomie.

In der abschließenden Plenums-Diskussion steht die Frage im Mittelpunkt, wie eine andere Kommune – sozial, ökologisch und demokratisch – zu erstreiten ist.

Zeit: Samstag, 29. September 2012, von 10:00 – 16:30 Uhr. Veranstaltungsort: Jugendkulturzentrum FORUM, Neckarpromenade 46, 68167 Mannheim. Anmeldung: Bitte bis zum 20. September an: kommunen@attac.de. Tagungsbeitrag: 5,- Euro. Flyer zur Tagung mit weiteren Informationen unter: [http://www.attac-netz-](http://www.attac-netz-werk.de/uploads/media/Flyer_Tagung_29.09.2012.pdf)

[werk.de/uploads/media/Flyer_Tagung_29.09.2012.pdf](http://www.attac-netz-werk.de/uploads/media/Flyer_Tagung_29.09.2012.pdf)
Anfragen zu Details: Thomas Eberhardt-Köster, E-Mail: thomas.eberhardtkoester@arcor.de

MANNHEIM

SPD

www.in-mannheim-spd.de

SPD-Gemeinderatsfraktion
Ortsverein Neckarstadt-West

NECKARSTADT IM UMBRUCH

KREATIVSTADTTTEIL ODER PROSTITUTIONSMEILE?

DISKUTIEREN SIE MIT

PETER SIMON EUROPAABGEORDNETER

STEFAN REBMANN BUNDESTAGSABGEORDNETER

MARIANNE BADE STADTRÄTIN

MODERATION

THORSTEN RIEHLE BEZIRKSBEIRAT

DO **23.08.** 18.30 UHR

CAFÉ WISSENBACH, MITTELSTRASSE 55